

## Antrag

der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Natascha Kohnen, Dr. Christoph Rabenstein SPD**

### **Solidarität im Bildungsstreik fordert Handeln: Bundesweite Regelung der Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat vor der Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes für eine bundesweit einheitliche Regelung zur Hochschulzulassung und zu den Hochschulabschlüssen einzusetzen. Ziel ist, Transparenz, Qualität und Mobilität der Studierenden in Deutschland nachhaltig zu sichern und Regelungen zu treffen, die eine möglichst freie Studienfach- und Studienortwahl der Studierenden gewährleisten.

#### **Begründung:**

Mit der geplanten Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes fallen die letzten bundesweit vergleichbaren und rechtlichen Regelungen zur Hochschulzulassung und zu den Hochschulabschlüssen weg.

Die Unübersichtlichkeit der deutschen Hochschullandschaft für die studienwilligen jungen Menschen hat sich mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses verschärft. Auch die gegenseitige Anerkennung von Lehr- und Prüfungsleistungen in unterschiedlichen Studiengängen in den Bachelor-/Master-Studiengängen ist ungeklärt. Dies schränkt national die Mobilität der Studierenden gravierend ein.